

**Erfcheinungsweise:**  
Täglich mit Ausnahme  
des Sonn- und Festtages

**Anzahlblätter:**  
a) im Abonnement:  
die Seite 20 Cent  
b) im Einzelverkauf:  
die Seite 10 Cent

Auf Sammelanzeigen  
kommen 50% Zuschlag

Für Plagatschriften  
kann keine Gewähr  
übernommen werden

**Verlagsort:**  
für beide Teile ist Calw



Amts- und Anzeigebblatt für den Oberamtsbezirk Calw

**Verlagspreis:**  
In der Stadt 40 Goldpfennige  
außerhalb mit Lieferlohn  
Post-Verlagspreis 40 Gold-  
pfennige ohne Bestellgeld

Schluss der Anzeigen-  
annahme 8 Uhr vormittags

In Fällen höherer Gewalt  
besteht kein Anspruch auf Lieferung  
der Zeitung oder auf Rückzahlung  
des Bezugspreises

**Verantwortl. Schriftleitung:**  
Friedrich Hans Scheele  
Druck und Verlag  
der A. Oelschläger'schen  
Buchdruckerei

Nr. 53

Donnerstag, den 5. März 1931

Jahrgang 103

## Verzögerung der Haushaltsberatungen

Die Sozialdemokratie stellt ein Programm neuer sozialer Forderungen auf

U. Berlin, 5. März. Die Verhandlungen zwischen der Reichsregierung und der SPD. über den Wehretat und über die sozialpolitischen und steuerpolitischen Fragen gestalten sich recht schwierig. Das Schwergewicht der sozialdemokratischen Gegenforderungen liegt zur Zeit nicht so sehr beim Wehretat (Streichung der ersten Baureihe für den Panzerkreuzer B), sondern bei ihren sozialen und steuerlichen Wünschen. Die Steuerforderungen liegen dem zuständigen Ausschuss bereits in formulierten Anträgen vor. Es handelt sich dabei um die Herabsetzung der Einkommensteuer um 20 Prozent, sowie um einen Sonderzuschlag zur Einkommensteuer für die Einkommen über 8000 Mark in Höhe von 10 Prozent. Endlich soll die Freigrenze für die Besteuerung nach dem Verbrauchs, die vorwiegend für die Landwirtschaft gilt, von gegenwärtig 15000 auf 8000 Mark herabgesetzt werden. Das Programm der sozialen Forderungen gipfelt in dem Wunsch nach einer eindeutigen Erklärung des Arbeitsministers, künftig keine Lohnsenkungen mehr vorzunehmen oder zuzulassen. Für die durch die Wohlfahrtsverbände beantragte bedingte Gemeinnützigkeit werden Sonderzuschüsse für soziale Zwecke gefordert. Weiter wird die gesetzliche Einführung der 40-Stunden-Woche bis zur Ueberwindung der Wirtschaftskrise verlangt und endlich will die sozialdemokratische Reichstagsfraktion auch konkrete Erklärungen des Kanzlers zur Reform der sozialen Versicherungen haben, die jeden Leistungsabbau, aber auch jede Erhöhung der Beiträge ausschließen. — In der Regierung nahestehenden Kreisen hält man es für ausgeschlossen, daß Dr. Brüning auch nur in einem dieser Punkte entgegenkommen zeigen könne.

Die für gestern nachmittag vorgesehene Fortsetzung der Verhandlungen zwischen dem Reichskanzler und den sozialdemokratischen Unterhändlern fand nicht statt. Auch die für den Abend anberaumte sozialdemokratische Fraktionsversammlung wurde abgesagt. Die Hinanschiebung der „offiziellen“ Verhandlungen zwischen dem Reichskanzler und der SPD. wird in Berliner politischen Kreisen lebhaft kommentiert. Man schließt daraus, daß die Verhandlungen auf ziemliche Schwierigkeiten gestoßen sind und daß die SPD. trotz der ersten Abgabe Brünings auf ihren Forderungen besteht. Sie scheint auch nicht gewillt zu sein, nachzugeben und hofft offenbar, durch eine Art Vermittlungsaktion den Kanzler den sozialdemokratischen Wünschen geneigt zu machen. Da der Kanzler zunächst einmal sich den sozialdemokratischen Wünschen wenig geneigt gezeigt hat, nimmt man an, daß nunmehr

sehr viel von der Haltung der Zentrumsfraktion des Reichstages abhängt.

Wie das „Berliner Tageblatt“ erfährt, sollen am heutigen Donnerstag die Verhandlungen zwischen dem Kanzler und den Vertretern der SPD. fortgesetzt werden, die am Mittwoch unterbrochen worden seien, da der Kanzler an einer Vorstandssitzung der Zentrumsfraktion habe teilnehmen wollen. In politischen Kreisen nehme man an, daß die Entscheidung über die mit dem Wehretat zusammenhängenden Fragen noch längere Zeit auf sich warten lassen werde. Im Reichstag werde deshalb der Wehretat frühestens Ende der kommenden Woche zur zweiten Lesung kommen. Die „Vörsenzeitung“ betont, daß der Wehretat kein Handelsobjekt sei. Die Regierung habe genug Mittel und Wege, um im Sinne ihres vom Reichspräsidenten erteilten Auftrages auch ohne Parlament das Erforderliche zu veranlassen.

### Aus dem Reichstag

— Berlin, 5. März. Im Reichstag wurde gestern die Aussprache zum Innenetat fortgesetzt. Der Kommunist Torgler kündete an, daß die allgemeine kommunistische Offensive jetzt erst beginnen werde, nachdem man aus den Braunschweiger Wahlen einen Aufsporn geschöpft habe. Der Landvolkabgeordnete Freiherr von Thüngen stellte fest, daß es sich bei dem sogenannten bolschewistischen Kulturkampf eigentlich gar nicht um ein Ringen in geistiger Richtung, sondern um den brutalen Versuch handle, deutsche Kultur und Eigenart zu zerstören. Die Abg. Lang-Brummann von der Bayerischen Volkspartei vertrat die Meinung, daß wir bisher bei weitem nicht kräftig genug gegen die bolschewistische Gefahr eingeschritten seien. Der Volksnationale Dörfle entwickelte das innerpolitische Programm der Jungdeutschen: Er forderte als wesentliche Voraussetzung für die Lösung der großdeutschen Frage die Reichsreform. Die Wahlreform lehnte er in ihrer gegenwärtigen Gestalt ab. Weiter sprach er sich gegen das neunite Schuljahr aus. Für das Freidenkertum schloß sich der sozialdemokratische Schulreformer Löwenstein ein. Er pries den Marxismus und wußte von dem Idealismus des Bürgerturns nichts weiter zu sagen, als daß er die Verteidigung des Faschismus bedeute. Natürlich blieb auch das übliche kommunistische Mißtrauensvotum gegen Dr. Brüning nicht aus. Vom Zentrum wurde der dringende Wunsch geäußert, daß nun endlich das Reichsschulgesetz kommen möge. — Die Verhandlungen wurden darauf vertagt; heute wird der Reichsinnenminister seine Etatrede halten.

## Deutsch-österreichische Schicksalsgemeinschaft

Minister Curtius über die Richtlinien der deutschen Politik

U. Wien, 5. März. Gestern nachmittag sprach Außenminister Curtius in der deutschen Gesandtschaft vor Vertretern der österreichischen und ausländischen Presse über die Richtlinien der deutschen Politik. Er führte u. a. aus:

Mein Besuch in Wien ist keine Sensation. Deutsche und österreichische Minister treffen sich öfters zu periodischem Gedankenaustausch, und Ziele und Methoden der österreichischen Politik decken sich mit denen der Politik des Deutschen Reiches: Alles zur Förderung und Sicherung des Friedens zu tun und die Wohlfahrt beider Völker in aufrichtiger Zusammenarbeit mit den anderen Völkern zu entwickeln.

In Deutschland stehe heute die Wirtschaftskrise im Mittelpunkt der Politik. Weil sie aber eine Welterschütterung sei, so könne nur das vertrauensvolle und aufrichtige Zusammenarbeiten aller Völker und aller Staaten sie beseitigen. Sicher ist, so erklärte der Minister, daß neue Wege und neue Formen gefunden werden müssen, um den Anforderungen des Tages zu begegnen. Dabei ist, das kann ich Sie versichern, die deutsche Regierung und das deutsche Volk auf Zusammenarbeit eingestellt und zu jeder Mitarbeit bereit, die geeignet erscheint, die Wirtschaftskrise erfolgreich zu lösen. Hierin wissen wir uns mit dem österreichischen Brudervolk einig, indem wir die Wirtschaftskrise wie alle anderen Beziehungen immer enger gestalten wollen.

Dr. Curtius erklärte ferner, daß der Völkerbund oft genug die Erwartungen nicht erfüllt, die in ihn gesetzt worden sind. Er wolle aber auf der anderen Seite auch mit Befriedigung anerkennen, daß es dem Völkerbund wiederholt gelungen ist, ausgleichend zu wirken. Sein wahrer Wert werde sich erst ergeben, wenn es ihm gelinge, die ihm übertragenen großen Aufgaben zu lösen. Als Deutscher betrachte er jetzt vor allem die Durchführung der Abrüstung und die loyale Regelung der Minderheitenfrage. Wir fordern, sagte Dr. Curtius, die allgemeine Abrüstung nicht nur als unser verbrieftes Recht und weil wir in der

Ablehnung dieses Anspruches die Vorenthaltung der Gleichberechtigung erblicken müßten, sondern wir fordern sie auch deshalb, weil wir in der Abrüstung das wirksamste Mittel sehen, den Zukunftskrieg zu verhindern und der Menschheit den Frieden zu sichern. Darnach ist das kommende Jahr für die Zukunft der Menschheit von entscheidender Bedeutung. Wir erwarten von der allgemeinen Abrüstungskonferenz, daß sie der überspannten militärischen Bereitschaft zahlreicher Länder ihren bedrohlichen Charakter nimmt und das gleiche Recht aller Völker auf Sicherheit nicht nur anerkennt, sondern auch verwirklicht. Dieses gleiche Recht auf Sicherheit ist für uns aber nicht ein relativer, sondern ein absoluter Begriff. Wir protestieren vor allem gegen die Eineinziehung der falschen Kriegs Schuldthese in die Zusammenhänge der Abrüstungsfrage.

Die Haltung der deutschen Regierung in der Minderheitenfrage, die sich völlig in der Uebereinstimmung mit der Ueberzeugung des deutschen Volkes befindet, erklärt sich auch aus unserer grundsätzlichen Friedenspolitik. Splitter des deutschen Volkes sind über die ganze Erde zerstreut. Schon aus diesem Grunde muß uns eine befriedigende Lösung dieses Problems besonders am Herzen liegen. Aber auch abgesehen hiervon halten wir eine Lösung der Minderheitenfrage für eine erste Forderung unserer Zeit und schon deshalb für unumgänglich, weil sie allein die dauernde Versöhnung und das freundschaftliche Zusammenleben der Völker verbürgt. Wir werden diese Politik, wie ich betonen möchte, keinem anderen Volke zuleide, sondern nur im wohlverstandenen allgemeinen Interesse fortsetzen. Ich weiß, daß der Weg bis zu dem uns vorstehenden Ziele noch lang und schwierig sein wird, aber ich glaube, daß die Erkenntnis sich Bahn bricht, daß die Zeit für uns arbeitet und die Weltmeinung sich immer mehr unserer Auffassung anschließen wird.

Dr. Curtius erinnerte dann daran, daß der österreichische Außenminister vor einiger Zeit das Verhältnis Österreichs

## Tages-Spiegel

Außenminister Dr. Curtius hat gestern in Wien bedeutsame Neben über die Richtlinien der deutschen Politik und die deutsch-österreichische Schicksalsgemeinschaft gehalten.

Die Verhandlungen des Reichskanzlers mit der Sozialdemokratie über deren Zustimmung zum Wehretat gestalten sich sehr schwierig, da letztere als Kompensation weitgehende soziale Forderungen stellt.

Der Reichstag hat gestern die Innendebatten, namentlich über Kulturfragen, fortgesetzt.

Die Marineleitung legte dem Reichstag ein Programm über die Ersatzbauten vor. Sie betragen im Rechnungsjahr 1931/32 50 Millionen RM.

Zwischen dem Vizekönig von Indien und Gandhi ist ein Abkommen getroffen worden, nach welchem die Ungehorsamsbewegung eingestell wird.

zu Deutschland in die Formel gebracht hat: Ein Volk und zwei Staaten. Der Staat habe die Aufgabe, den Interessen seines Volkes zu dienen. Österreich und Deutschland leisten daher gemeinsamen Dienst am deutschen Volk, woraus sich von selbst die Solidarität, ja man könnte sagen, die Identität der österreichischen und der deutschen Politik ergebe.

### Ein Gruß an alle Deutschen.

Im Wiener Rundfunk sprach am Mittwochabend Reichsaussenminister Dr. Curtius, der u. a. folgendes ausführte: „Es ist mir eine besondere Freude, von dieser Stelle aus einen Gruß an alle Deutschen, die in Mitteleuropa leben, richten zu können. In Wien schlägt der Puls Mitteleuropas. Das große Stromgebiet der Donau hat hier seinen Mittelpunkt, es hat in Wien ein Zentrum der Weltwirtschaft entstehen lassen, von dem seit Alters her die Wege die Donau hinab nach Süden und Osten laufen. Aber auch die Wege, die von Wien ins Deutsche Reich führen, sind mit jedem Jahr stärker begangen worden. Die Wirtschaftsfragen werden in meinen Wiener Besprechungen eine besondere Rolle spielen, denn die wirtschaftliche Not ist groß. Die verantwortlichen Männer in Österreich und im Reich sind gewillt, die schwere Krise, soweit es irgend geht, in gemeinschaftlicher Arbeit zu bekämpfen.“

Der Ausgang des Krieges hat das ganze deutsche Volk auf das schwerste betroffen. Aber das Schicksal an meiste rten, das den österreichischen Teil des Gesamtlandes betroffen hatte, das war eine Leistung, wie sie die Geschichte kaum ein zweites Mal aufzuweisen hat. Die Deutschen im Reich und die Deutschen in Österreich bildeten, das hat eine tausendjährige Geschichte bewiesen, eine Schicksalsgemeinschaft. Unsere Gemeinschaft kennt viele schwere Zeiten. Aber immer sind ihnen lichtvolle Perioden gefolgt. Wenn das deutsche Volk brüderlich zusammensteht, dann wird ihm eine Zukunft gewiss sein, auf die es nach seinen Leistungen auf allen Gebieten menschlicher Betätigung berechtigten Anspruch hat.

### Naturkatastrophen

U. Basel, 5. März. Durch die Schneeschmelze und die starken Regenfälle der letzten Tage sind in der Schweiz und im Elsaß große Ueberschwemmungen eingetreten. In Densingen ist ein Damm durchgebrochen, wodurch das ganze Gelände überschwemmt wurde. Truppen sind aufgeboden, um Menschen und Vieh zu retten. Schwere Hochwasserschaden wird aus dem Sundgau gemeldet. Die Ill und ihre Nebenbäche sind zu reißenden Flüssen angewachsen. Die Gegend bei Feldbach und Pfahlbach ist völlig überschwemmt. In der Gegend von Oberdorf hat die Ill eine Breite von 200 Meter erreicht. Die Wasserfluten überschwemmen Scheunen und Wohnhäuser. Auch in der Gegend von Belfort bilden die Ueberschwemmungen eine einzige große Wasserfläche. Besonders heimge sucht ist auch die Gegend von Hirsingen, wo die Eisenbahnlinie und die Straßen überschwemmt wurden. Das Vieh mußte eiligst aus den Ställen geschafft werden. Das Wasser strömt in reißenden Bächen durch den Ort. Auch Altkirch ist schwer von der Ueberschwemmung betroffen. Altkirch ist das Wasser im Steigen begriffen. Die Regen- und Schneefälle halten an.

Dänischer Badeort von einer Sturmflut verwüstet. U. Kopenhagen, 5. März. Der Badeort Juelsminde am Kattegatt ist durch eine plötzliche Sturmflut völlig von jedem Verkehr abgeschlossen worden. Es wurden furchtbare Verwüstungen angerichtet. Schiffe, die sich im Hafen verschanzt haben, liegen in den Straßen des Ortes umher. Teile von Sommerwillen sind weit ins Land hineingetragen worden. Die meisten Bewohner mußten während der Sturmflut auf die Hausdächer klettern, von wo sie mit Booten abgeholt wurden.



# Dr. Schacht über die wirtschaftliche und moralische Weltkrisis

In der Schwedisch-Deutschen Gesellschaft in Stockholm hielt der frühere Reichsbankpräsident Dr. Schacht einen Vortrag über „Die wirtschaftliche und moralische Weltkrisis“, in dem er u. a. ausführte: Die Symptome der Weltkrisis liegen vor unser aller Augen. In den Industrieländern haben wir eine Arbeitslosigkeit zwischen 12 und 15 Millionen Menschen. Die Preise der Rohstoffe sind auf einem Niveau angelangt, das weit unter demjenigen der Vorkriegszeit liegt. Der Weltmarkt befindet sich insgesamt im Rückgang.

Die Weltmärkte gleichen sich nicht international aus, sondern verharren in gegenseitiger missetrauerlicher Abschlossenheit.

Die Wechselkurse schwanken in kurzen Zwischenräumen wie nie zuvor. Große Goldverschiffungen nach den verschiedensten Richtungen sind die Folge. Per Saldo häuft sich das Gold an in den beiden Hauptempfangszentren New York und Paris. Zinsläufe zwischen den einzelnen Ländern sowie zwischen lang- und kurzfristigen Gelder weisen unerträgliche Spannungen auf.

Fragen wir zunächst nach den wirtschaftlichen Gründen, aus denen die Krisis entstanden ist, so ist die erste und schwerwiegendste Ursache natürlich der Krieg mit seiner Einschränkung der Welthandelsumfänge und der teilweisen Verschiebung des Schwerepunktes von Europa nach Asien-Amerika. Diese Veränderungen und die derzeitige Unordnung auf den Weltmärkten ist eine Folge der Friedensverträge.

Die internationalen Kriegsschulden, einerseits, ob es sich um interalliierte Schulden oder um die deutschen Kriegsschulden handelt, lassen eine organische Entwicklung des internationalen Geldmarktes nicht aufkommen.

Aber auch bei den Gründen der Weltkrisis dürfen wir die moralische Seite nicht aus dem Auge lassen. Daß man Deutschland als den Alleinschuldigen am Weltkriege hinstellt, ist eine Unwahrheit, die auf das ganze Verhältnis der Völker zueinander verhängnisvoll einwirken muß. Die Wissenschaft der ganzen Welt hat heute diese Behauptung als unrichtig erwiesen. Aber niemand findet den Mut, zur Wahrheit zurückzukehren. Die Pariser Friedensverträge sind auf einem Treubruch aufgebaut indem man die 14 Punkte Wilsons, die die rechtliche Grundlage des Waffenstillstandes bildeten, mißachtet hat. Die Tribute, die man Deutschland auferlegt hat, übersteigen außerdem jedes wirtschaftlich tragbare Maß.

Nachdem die Nachkriegsprobleme nach den Grundrissen wirtschaftlicher Vernunft zu lösen, greift man überall mit politischer Gewalt in das freie Gewebe weltwirtschaftlicher Beziehungen ein.

Welche Wege können uns aus der Weltkrisis herausführen? Bedrückt von äußerer Gewalt hat Deutschland bisher

eine Reihe von Verzweigungsmaßnahmen angewandt. Es hat, um seine Arbeitslosigkeit im Innern zu bannen, unwirtschaftliche Unternehmungen im eigenen Lande vorgenommen. Es hat, um die politischen Schulden zu bezahlen, sich privatwirtschaftlich in 7 Jahren so stark verschuldet, wie beispielsweise vor dem Kriege die Vereinigten Staaten in zwei Generationen. Es versucht, durch Einschränkung des Imports und Forcierung des Exports seiner wirtschaftlichen Notlage abzuhelfen. Solche Verzweigungsmaßnahmen sind unwirksam. Wirksam können nur internationale organische wirtschaftspolitische Maßnahmen sein. An Stelle der Schrumpfung des Welthandels brauchen wir seine Ausdehnung. Dies kann geschehen durch gemeinsame internationale Finanzierung der noch unentwickelten Länder. Wir brauchen eine Notenbankkooperation, die sich nicht vor einer internationalen Kreditverweigerung fürchtet. Deutschland aber müssen wir durch Rückgabe seiner Kolonien die Möglichkeit geben, sich im Rohstoffbezug wenigstens zu einem Teil selbst zu helfen und durch Anpassung der Tributläufe an seine Wirtschaftskraft die eigene Kapitalbildung im Lande wieder ermöglichen, um das verderbliche hohe Kursniveau, das heute die deutsche Wirtschaft bedrückt, zu senken.

Ein Industrieland, wie Deutschland, das über alle erforderlichen Produktionsmittel verfügt, kann nicht mit geliehenem Auslandskapital betrieben werden.

Sand in Hand mit diesen organischen wirtschaftspolitischen Maßnahmen muß die moralische Wiedergeburt einhergehen. Die Kriegsschuldforderung muß von einem unabhängigen internationalen Gremium beantwortet werden und der Treubruch, der beim Diktat des Versailler Vertrages begangen ist, muß wieder gutgemacht werden. Erst dann wird das internationale Mißtrauen, das heute über der ganzen Welt lastet, einer vertrauensvollen Zusammenarbeit der Völker weichen.

Vor Beginn seines Vortrages gab Dr. Schacht folgende Erklärung ab: Es ist bekannt, daß ich die Einstellung der Reparationszahlungen für eine unerlässliche Voraussetzung der Gesundung sowohl der deutschen wie der internationalen Wirtschaft halte. Immer wieder vertritt ich das Mißverständnis, als ob damit auch eine Einstellung der privaten Schuldzahlungen Deutschlands verbunden sei. Ich möchte deshalb auch heute wieder klar und unzweideutig feststellen, daß Deutschland alle seine privaten Schuldenverpflichtungen erfüllen muß und wird.

Nach dem Vortrag von Dr. Schacht sprach der bekannte schwedische Nationalökonom Professor Dr. Gustav Cassel, der sich den Ausführungen Dr. Schachts angeschlossen hat, und hob hervor, daß es hauptsächlich darauf ankomme, Vertrauen zu haben.

Die Gewerbetreibenden außerstande, noch 20 v. H. des Vermögens in Bargeld für steuerliche Zwecke aufzubringen. Es wäre notwendig, einen sich auf Jahrzehnte erstreckenden Zahlungsplan aufzustellen. Auch eine Besteuerung der Dividenden in Höhe von 20 v. H. sei nicht denkbar. Ein Steuerpflichtiger mit 100 000 Mark Einkommen zahle bereits 30 v. H. Einkommensteuer. Dazu komme nach der neuerlichen Belastung ein Zuschlag von 5 v. H. Die Steuer würde also nach den kommunikativen Forderungen auf mehr als 50 v. H. des Einkommens steigen. Der Minister wandte sich weiter gegen die geforderte Einkommenbesteuerung. Die Einkommen würden in Form der Körperschaftsteuer von der Gesellschaft schon mit 20 v. H. besteuert und der Bezahler müsse weiter Einkommensteuer dafür bezahlen.

Der Minister knüpfte an die Behandlung der Anträge einige grundsätzliche Bemerkungen. In der gegenwärtigen Wirtschaftslage müsse alles vermieden werden, was auch nur

im geringsten geeignet sei, eine Besserung der Verhältnisse zu verhindern. Die Annahme der Anträge müsse aber in der weiteren Auswirkung gerade auf diese Entwicklung einen außerordentlich schädigen Einfluss ausüben. Sie würde vor allem den Kredit in bedenklicher Weise untergraben. Das gelte auch von dem Antrag der Sozialdemokraten, eine Änderung des Einkommensteuergesetzes in der Weise herbeizuführen, daß künftig Veräußerungsgewinne auf jeden Fall der Einkommensteuer unterliegen, daß also die bisher für die Besteuerung von Spekulationsgewinnen vorgesehene Frist von drei Monaten zwischen Erwerb und Veräußerung gestrichen wird. Der Minister warnte eindringlich vor der Annahme dieser Anträge. Die kommunikativen Steueranträge würden nur geeignet sein, die Verunsicherung, die eben etwas im Abebben sei, von neuem aufleben zu lassen. Auch kreditpolitisch würde das allerschädlichste Wirkung zur Folge haben. Alle Anträge ständen im schroffsten Widerspruch zur Politik der Reichsregierung, an der sie entschlossen festzuhalten gewillt sei. Der Steuerauschuß des Reichstages vertagte darauf die Weiterberatung der sogenannten Millionärsteueranträge.

## Die Sorgen der Städte

Der Reichstädtetag fordert Besch über Reichsstaatsbeiträge an einheitlicher Arbeitslosenfürsorge.

II. Berlin, 4. März. Der Reichstädtetag teilt mit: Die Zahl der Wohlfahrtsverbände ist in den mittleren und kleinen Städten von Monat zu Monat mehr gestiegen, und zwar auf durchschnittlich 19 je 1000 und in einigen Städten sogar auf 50 je 1000 Einwohner. Ein Zusammenbruch der Gemeindefinanzen ist in sehr vielen Gemeinden trotz einer Steuerbelastung mit Zuschlägen zur Bürgersteuer in unheimlicher Höhe unvermeidlich, wenn nicht unverzüglich Maßnahmen getroffen werden. Der Gesamtverband des Reichstädtetages, der in Berlin tagte, stellt angesichts dieser Sachlage fest, daß das Problem der Entlastung der Gemeinden von den Ausgaben für Wohlfahrtsverbände eine wissenschaftliche Behandlung in Gutachterauschüssen nicht mehr verträglich ist. Der Reichstädtetag verlangt daher dringend eine sofortige praktische Lösung noch vor Beginn des neuen Rechnungsjahres durch ein Reichsgesetz über Beteiligung des Reiches, der Länder, Gemeinden und Bezirksfürsorgeverbände an den Kosten einer einheitlichen Arbeitslosenfürsorge. Die mifflige Finanzlage der mittleren und kleinen Städte gestattet eine Beteiligung der Bezirksfürsorgeverbände an den Gesamtkosten nur bis zu höchstens 20 v. H. Die ganz unzulänglichen Ausgleichsfonds der Länder bedürfen einer ausreichenden Erhöhung.

## Lohnverhandlungen bei der Reichsbahn

II. Berlin, 4. März. Die Deutsche Reichsbahn teilt mit: Die Lohnverhandlungen bei der Reichsbahn haben gestern begonnen. Die Deutsche Reichsbahn hat vorgeschlagen, den Stundenlohn um 7 Pf. allgemein zu senken. Das bedeutet für die Arbeiter der mittleren Lohngruppen im mittleren Lohngebiet eine durchschnittliche Ermäßigung um etwa 11 v. H.

Die Gewerkschaften haben sich ihre Stellungnahme vorbehalten. Die Verhandlungen werden am 10. ds. Ms. fortgesetzt.

## Skandal bei der polnischen Staatslotterie

II. Warschau, 4. März. Kurz vor der ersten Ziehung der polnischen staatlichen Staatslotterie kam es zu einem Skandal. Bei einer Stichprobe stellte sich heraus, daß einige Nummern, die in die Trommel gehörten, fehlten. Mit großer Mühe gelang es dem Vorsitzenden der Kommission, die erregten Menschen zu beruhigen. Tatsächlich fehlte eine Folge von 50 000 Losen. Die fehlenden Nummern wurden daraufhin ersetzt und mit einer einstündigen Verspätung konnte die Ziehung ordnungsgemäß beginnen, die dann auch ohne jede weitere Störung verlief.

## Gegen kommunistische Sondersteuern

II. Berlin, 4. März. Im Ausschuss für Steuerfragen wandte sich Reichsfinanzminister Dietrich gegen die kommunistischen Anträge, die eine einmalige Sonderbesteuerung der Vermögen über 500 000 Mark und der Einkommen über 50 000 Mark in Höhe von 20 Proz. fordern. Die Formulierung des Antrages erscheine in der Praxis nicht durchführbar, sodann aber würde ein derartiges Gesetz den Verkauf zahlreicher Wertpapiere notwendig machen und dadurch einen Kurssturz veranlassen, der weitere starke Einbußen für die Besteueren bringen würde. Wenn aber das Reich Aktien in Zahlung nehme, müsse es sich an allen möglichen Gesellschaften beteiligen.

Bei einer Abgabe von Vermögen aus Grund und Boden sowie Fabrikanteilen sei eine Zahlung der Steuer durchweg unmöglich. Bei der gegenwärtigen Wirtschaftslage seien

## Der Tod auf Hohenfried

Roman von Kurt Martin

21 A. lo Rechte vorbehalten — Nachdruck verboten Copyright by Verlag „Neues Leben“, Bayr. Gmain

„Was halb Unsinn?“  
„Er könnte dann ja nur gemeinsam mit mir gearbeitet haben. — Bedenken Sie meine Schuldbeweise! — Und da er nicht mit mir gearbeitet hat, ist er auch ohne Schuld an meines Onkels Tod.“  
„Sie sprechen mit wahrhaft bewundernswürdiger Ruhe von Ihren Schuldbeweisen, von den Tatsachen, die Sie auf die Anklagebank bringen werden.“  
„Will ich nicht wahnsinnig werden, dann muß ich ruhig bleiben. — Vielleicht bin ich schon wahnsinnig und weiß es nur nicht!“  
„Wollen Sie Sigrit Sundborgs Leid noch größer machen?“  
„Sagen Sie ihr, sie soll mich vergessen!“  
„Sie glaubt an Sie, sie glaubt an Ihre Unschuld.“  
„Dieser Glaube wird sie noch zugrunde richten! Dieser Glaube kann auch sie verderben, er kann ihr Verhängnis werden!“  
Paul Stein starrte ihn durchdringend an.  
„Was wollen Sie damit sagen? — Herr Gerdahlen, fassen Sie Vertrauen zu mir, sagen Sie mir, was Sie denken! Sie haben einen Verdacht! Wen halten Sie für den Mörder ihres Onkels?“  
Albert Gerdahlen sah ihn abweisend an.  
„Nein! — Hören Sie! — Nie werde ich sprechen.“  
„Und warum nicht?“  
„Das Recht soll ohne mein Zutun liegen!“  
„Wollen Sie sich so wehrlos verurteilen lassen? Wollen Sie ihr Leben vernichten, Herr Gerdahlen?“  
„Was sagen Sie das! — Bin ich in Ihren Augen etwa kein Mörder?“  
„Nein, Sie sind in meinen Augen kein Mörder.“  
„Diese Lüge hat mir noch keiner hier gesagt!“  
Dr. Streckte ihm Stein die Rechte entgegen.  
„Hier meine Hand, Herr Gerdahlen! — Ist alles in

Ihnen zerbrochen, oder können Sie noch einem Manneswort glauben? — Ich bin verheiratet, ich habe ein Kind. — Bei allem Guten, das ich meinem Kinde wünsche, — Ich glaube nicht an Ihre Tüchtigkeit.“  
Albert Gerdahlen starrte den Sprecher an. Er griff sich an die Stirn.  
„Sie — beweisen Sie mir erst, daß Sie ein Kind haben!“  
Paul Stein trat an die Tür und klingelte.  
Der Aufseher erschien. Ruhig jagte Stein, auf den Gefangenen deutend.  
„Herr Gerdahlen wird einige Fragen an Sie richten, Herr Wachtmeister. Ich ermächtige Sie, diese Frage zu beantworten.“  
Er kehrte sich Albert Gerdahlen zu.  
„So, nun fragen Sie!“  
Albert Gerdahlen sah den Beamten an. Es drehte sich alles vor seinen Augen. Er flüsterte:  
„Ist — der Herr Kriminalinspektor — verheiratet?“  
Der Aufseher gab verwundert Antwort.  
„Ja.“  
„Hat er Kinder?“  
„Ein Mädchen, ja.“  
Da sank Albert Gerdahlen auf den Stuhl und schluchzte aus qualvoller Not heraus laut auf.  
Ein Wink Paul Steins entfernte den Aufseher. — Der Kriminalinspektor trat ans Fenster und sah hinaus. Er störte den Gefangenen nicht; hatte er doch genug zu überdenken.  
Nach einer Weile rückte der Stuhl. Eine Stimme bat.  
„Herr Kriminalinspektor!“  
Stein sah in andere Augen, in Augen, aus denen das Abweihende, Irre, Verschlossene gewichen war.  
„Nun?“  
„Wenn ich Ihnen jetzt die Hand bieten darf —“  
Paul Stein ergriff rasch Gerdahlens Rechte.  
„Was mögen Sie bis jetzt gelitten haben!“  
„Nicht davon! Es genügt mir, daß ein Mensch an mich glaubt.“  
„Vergessen Sie Sigrit Sundborg nicht!“  
„Sigrit!“  
„Lieben Sie das Mädchen?“  
„Ja, ich liebe Sigrit. — Sie sollte nächstes Jahr mein Weib werden.“

„Glauben Sie daran, daß sie doch nächstes Jahr Ihr Weib wird?“  
Da war wieder das Hoffnungslose in Albert Gerdahlens Augen.  
„Nein, ich glaube nicht daran.“  
„So wollen Sie auch nicht des Mädchens Glück?“  
„Sie verkennen mich. — Ich gäbe mein Leben für Sigrits Glück.“  
„Sigrit Sundborg wird nur glücklich werden, wenn Sie wieder frei sind. — Herr Gerdahlen, Sie werden von ganzem Herzen geliebt!“  
Albert Gerdahlen griff sich an die Stirn.  
„Nicht mehr davon sprechen! — Nicht davon! — Bitte, nicht mehr davon!“  
„Doch, ich mahne Sie an diese Liebe! Und um dieser Liebe willen sollen Sie mir alles sagen, — hören Sie, Herr Gerdahlen — alles, was Sie denken, und ahnen und wissen. — Alles, alles! Um Sigrit Sundborgs Glück! — Wollen Sie für den Täter?“  
Albert Gerdahlen wehrte erregt mit den Händen.  
„Fragen Sie mich nicht! Ich spreche nicht. — Nie spreche ich!“  
Er zögerte.  
„Oder doch, ja — einmal würde ich sprechen! — Einmal! — Aber was denn? Würde das mir etwas nützen? — Nein, nein, nein! Alle böse Macht hat mich vernichtet. Hier kann nur das Schicksal selbst helfen oder das Glück oder Gott — nennen Sie es, wie sie wollen!“  
„Also Sie wollen nicht sprechen! — Und diese blonde Frau?“  
„Ich kenne keine.“  
„Haben Sie nie einen Gast bei Ihrem Onkel gesehen, eine Frau mit blonden Haaren?“  
„Nein.“  
„Und hat Ihr Onkel Ihnen gegenüber auch nie davon gesprochen, daß er eine Frau mit auffallend goldblondem Haar kenne?“  
„Nein. — Oder ja! — Das wohl. — Einmal erzählte er mir von Sigrits Mutter. Da sagte er, die besäße herrliches, goldblondes Haar.“  
Paul Stein atmete auf.

(Fortsetzung folgt.)



# Aus Stadt und Land

Calw, den 5. März 1931.

Vom Veteranen-Verein 1870-1914 Calw.

Letzten Sonntag hielt der Veteranen-Verein 1870-1914 seine jährliche Generalversammlung bei Kam. Weß ab. Vorstand Walter begrüßte die Kameraden, gab besonders seiner Freude über das Erscheinen von Bezirksobmann Rühle Ausdruck und vermittelte einen kurzen Rückblick über das vergangene Vereinsjahr. Er gedachte in ehrender Weise der verstorbenen Kameraden Joh. Bippus und Altveteran Carl Schabbe, sowie der verstorbenen Gattin von Bezirksobmann Rühle, welche so viel in der Kriegervereinsfrage geleistet und sich überaus verdient gemacht habe. Schriftführer Ziegler erstattete darauf den Geschäftsbericht über die innere Arbeit der Ausschüsse und Versammlungen, wonach Kassier Seeger den Kassensbericht vortrug. Letzterer gewährte ein befriedigendes Bild. Die Neuwahlen brachten keine wesentliche Veränderung, die seitherige Vorstandschaft wurde wiedergewählt; für den aus dem Ausschuß freiwillig ausscheidenden Kam. Karl Böttlinger wurde Kam. G. Blömann gewählt. Vorstand Walter dankte dem Kam. Böttlinger für seine treue Mitarbeit im Ausschuß. Unter Punkt Verchiedenes wurden innere Angelegenheiten erledigt. Zu erwähnen ist hier, daß der Antrag auf Erlösung einer Jugend-Schützenabteilung auf Empfehlung von Bezirksobmann Rühle durch die Generalversammlung zum Beschluß erhoben wurde. Vorstand Walter schloß die Versammlung mit Dankesworten an die Kameraden und der Hoffnung, sie möchten im neuen Vereinsjahr treu zur Fahne halten.

## Versammlungsabend in Bad Teinach.

Zwei Versammlungen am Sonntagabend waren etwas viel; doch man konnte sie verkraften, zumal sie sich auf ganz verschiedenen Gebieten bewegten und dabei Redner zu Worte kamen, die wirklich etwas zu sagen hatten. — Zunächst sprach im Hotel „Rirsch“ Stadtpfarrer Sandberger aus Wehingen über die Aufgabe des Landeskirchentages, die in der nächsten Periode eine besonders verantwortungsvolle sein dürfte. Gelte es doch, den Text der Kirchenbücher für den gottesdienstlichen Gebrauch unserer Zeit ins Auge zu fassen. Auch skizzierte der Redner kurz die Einstellung der Gruppe II, die weder weltlich noch weltlichlich, sondern weltanschaulich sein sollte. Pfarrer Schüle gab noch nähere Aufklärung über die bevorstehende Kirchengemeinderatswahl. — Die zweite Versammlung hatte die Ortsgruppe Calw der Deutschen Demokratischen Partei im „Fah“ veranstaltet. Landtagsabgeordneter Johannes Fischer sprach über das Thema: „St. der Nationalsozialismus Deutschlands Meinung“. Als erfahrener Politiker übte er scharfe Kritik am Nationalsozialismus, der für Agitation und für tatsächliche Arbeit zweierlei Programme habe und der für unser Staatswesen und unsere Jugend eine große Gefahr bedeute. Der Führer der nationalsozialistischen Ortsgruppe Calw, Kaufmann Burkert, entsetzte mit seiner Diskussion, in der er den Demokraten Vaterland und Vaterlandsliebe absprach, einen Sturm der Entrüstung im Saale. Im übrigen verlief die Versammlung unter Karl Mörchs Leitung ruhig.

## Vom Rathaus Altensteig.

Die Firma Gebr. Theurer hat eine mechanisch-biologische Kläranlage für ihr Wohnhaus an der Hohenbergstraße erstellt; ferner hat Karl Lutz sen., Notgerber, ein Baugesuch betr. den Einbau von 2 Sauergruben und 8 Farben, sowie Vergrößerung seiner Grubenplatzüberdeckung einereicht. Gegen die Baugesuch wird nichts eingewendet. — Als Nachfolgerin der zum Ruhegeheften Handarbeitslehrerin Kellner wurde vom Kultusministerium die Fachlehrerin Hedwig Auer in Wehingen O. A. Redarsulm berufen. Dienstantrittstag ist der 1. April 1931. — Die Ministerialabteilung für die höheren Schulen hat ersucht, zu den organisatorischen Aenderungs-vorschlägen des Reichs-Sparkommissars bezüglich des höheren Schulwesens (Abbau der hiesigen Lateinschule) Stellung zu nehmen. Der Sparkommissar geht davon aus, daß bei der geringen Frequenz der Schule nach wie vor das Weiterbestehen einer Lateinschule nicht anerkannt werden könne und kommt weiter zu dem Schluß, die immerhin nicht große Entfernung von Nagold lege es nahe, die Schule überhaupt (also Real- und Lateinschule) einzuziehen. Jedoch will er mit Rücksicht auf die gegenwärtig schlechte Verkehrsverbindung nach Nagold einen ausdrücklichen Vorschlag nicht machen. Das Spargutachten ist auf einer Schülerzahl von 35 in der Realschule und 11 in der Lateinschule aufgebaut. Diese Zahlen sind aber zufällig sehr niedere. Tatsächlich sind die Schülerzahlen sowohl in der Real-, als in der Lateinschule seit Jahren ganz wesentlich höher, so daß anzunehmen ist, daß, wenn diese Schülerzahlen dem Sparkommissar vorgelegt wären, er nicht zu dem Vorschlag gekommen wäre, die Lateinschule abzubauen und unter Umständen sogar die Realschule aufzuheben. Der Vorsitzende wendet sich besonders auch gegen die zum Teil verbreitete Ansicht, die hiesige Real- und Lateinschule sei nur eine Einrichtung für die besserbemittelten Einwohner und weist darauf hin, daß es auch dem bescheidensten Kind eines kleinen Minderbemittelten nicht mehr möglich wäre, eine höhere Schule zu besuchen und damit in die höheren Berufe aufzusteigen, wenn die Schule hier aufgehoben würde. Auch die derzeitige finanzielle Krise dürfe nicht dazu führen, kulturelle Werte in erster Linie aufzugeben, sondern gerade in

dieser Zeit sei es besonders erforderlich, die Möglichkeiten zur gründlichen Volksausbildung mindestens zu erhalten. Der Schulvorstand der Latein- und Realschule, Studienrat Auer, ist in der Sitzung anwesend. Er bittet, es bei dem seitherigen Bestehen der Lateinschule zu belassen und glaubt, daß auch der Wunsch eines großen Teils der Bevölkerung dahin gehe, die Schule nicht aufzuheben. Es würde für die ganze Stadt einen großen Schaden bedeuten, wenn die Lateinschule aufgehoben würde, auch hätte die Aufhebung eine bedeutende Herabsetzung der Schülerzahl der Realschule im Gefolge. Die Söhne, die Latein lernen wollten, würden in andere Anstalten abwandern. Das Frühaufstehen zur Fahrt, z. B. nach Nagold, sowie das späte Nachhausekommen wäre für die Knaben und insbesondere für die Mädchen mit schweren Schädigungen verbunden. Eine Reihe von Beamten würden Altersfrei nicht mehr zum Wohnsitz wählen, wenn die Schule einginge, weil die Schulbildung der Kinder ein wichtiger Gesichtspunkt für die Eltern sei. Auf entsprechende Anfragen aus dem Gemeinderat antwortete der Schulvorstand, daß die hier eingerichtete Schülerwohlfahrtspflege auch den minderbemittelten begabten Kindern den Besuch der Latein- und Realschule gestatte, weil 15 Prozent des Schulgelds zur Schaffung von ganzen und halben Freistellen verwendet werden und dieses Verfahren sich immer gut habe durchführen lassen. Jeder der Lehrer an der hiesigen höheren Schule sei voll beschäftigt und eine weitere Zusammenlegung würde sich nicht ohne schwere Schädigung für die Ausbildung der Schüler machen lassen. Bei der sich anschließenden Aussprache zeigte sich, daß der Gemeinderat geschlossen für die Beibehaltung der Lateinschule ist, wenn die Stadt mehr als seither von dem Aufwand entlastet wird. Eine Entlastung kann aber nur im Weg der Erhöhung des Schulgelds erfolgen. Der hierauf gestellte Antrag, das Schulgeld für Latein- und Realschule von bisher 67,50 bzw. 60 RM. auf 100 RM. ab 1. April 1931 zu erhöhen, wurde deshalb einstimmig angenommen. Dieser Schritt wurde angesichts der bestehenden Wirtschaftskrise recht ungenügend, aber er war notwendig, um das Weiterbestehen der Lateinschule, die sowohl für die Stadt als auch für die Umgebung von bedeutendem Nutzen ist, zu sichern. — Mit dem Gemeindeverband Elektrizitätswerk Teinach wurde schon längere Zeit verhandelt zu dem Zweck der Neuauflage eines Vertrags über die Stromlieferung des G. E. an das Elektrizitätswerk. Der Vorsitzende berichtet nun, daß an Stelle des am 31. Dez. 1931 ablaufenden Vertrages ein neuer zustande gekommen sei. Wenn auch in dem neuen Vertrag einzelne Punkte entfallen seien, die nicht ganz so seien, wie es wünschenswert gewesen wäre, so habe der Vertrag doch so gestaltet werden können, daß er im großen und ganzen für die Stadt annehmbar sei. Der Vorsitzende verliest den Vertrag und erläutert die einzelnen Teile desselben eingehend. Auch Betriebsleiter Brändle gibt eine Äußerung zu demselben ab und trägt eine Berechnung vor, wie die Stromgebühren bei der Aufstellung eines weiteren Dieselmotors sich gestalten würden. Der Gemeinderat kommt aber nach kurzer Aussprache, hauptsächlich mit Rücksicht darauf, daß zur Erstellung eines neuen Dieselmotors ein großes Kapital (60-70 000 Mark) erforderlich wäre, zu dem Beschluß, dem mit dem G. E. neu abgeschlossenen Vertrag zuzustimmen. Vor Austausch des Vertrags mit dem G. E. sollen jedoch die zwei größten Stromabnehmer hier zu einer Erklärung darüber veranlaßt werden, daß sie während der 5jährigen Vertragsdauer sich zur Abnahme einer bestimmten Strommenge verpflichten, da hierdurch die in dem Vertrag vorgesehene, von dem städt. Elektrizitätswerk an den G. E. zu zahlende Grundgebühr ganz wesentlich ermäßigt werden könnte. — Der am 19. Februar 1931 vorgenommene Verkauf von Brennholz mit einem Erlös von 1200 RM. und eine freihändige Abgabe von Nadelholzstangen mit einem Erlös von 2375 RM. wird genehmigt. — Der Vorsitzende berichtet noch darüber, daß er entsprechend dem Wunsch des Gemeinderats mit den maßgebenden Beamten der Ministerialabteilung für Bezirks- und Körperchaftsverwaltung den Erlaß derselben, nach welchem die Genehmigung der Schuldaufnahme zur Deckung der Kosten des Straßenumbaus etc. und der Notstandsarbeiten davon abhängig gemacht wird, daß nachgewiesen wird, ob und auf welche Art und Weise der noch vorhandene ungedeckte Voranschlagsabmangel für 1930 beseitigt und die Zinsen und Tilgungsraten für die auszunehmenden Schulden in den Rechnungsjahren 1931 ff. ohne Erhöhung der Gemeindefinanzlage ausgebracht werden können, eingehend mündlich besprochen habe. Bei dieser Besprechung habe sich ergeben, daß die Ministerialabteilung zu dieser Stellungnahme hauptsächlich durch die großen Holzgeldausfälle und durch die Auswirkungen der Notverordnung des Reichspräsidenten veranlaßt worden sei. Es sei nicht damit zu rechnen, daß die Schuldaufnahmen genehmigt werden, wenn nicht durch Gemeinderatsbeschlüsse nachgewiesen werde, daß der Gemeinderat geneigt sei, die noch vorhandenen Möglichkeiten zur Erhöhung der Einnahmen (Einführung der Bürgersteuer, evtl. der Getränkesteuer, Erhöhung der Hundabgabe, des Schulgelds etc.) zu ergreifen und damit den Voranschlag auszugleichen. Es sei zwar schmerzhaft, daß in der heutigen Krisenzeit zu derartigen Maßnahmen ge-griffen werden müsse, aber ein Holzgeldausfall in diesem ungeheuren Ausmaß habe niemand voraussehen können, und gerade in einer solchen Krisenzeit sei es doppelt erforderlich, in dem Voranschlag über den Gemeindehaushalt Einnahmen und Ausgaben auszugleichen. Die Einführung der Getränkesteuer werde zwar hier noch nicht in Frage kommen, auch sei dieselbe bestritten. Aus der sich anschließenden eingehenden

Beratung ergibt sich, daß der Gemeinderat von der Erhöhung der Hundabgabe eine Einnahmeerhöhung nicht erwartet, dagegen sich davon überzeugt hat, daß die Stadtgemeinde zur Erhebung der Bürgersteuer gezwungen ist. Es wird daher auch die Erhebung der Bürgersteuer nach dem Landesjah mit Wirkung vom 1. April 1931 ab mit 9:4 Stimmen beschlossen.

## Wetter für Freitag und Samstag.

Im Nordwesten liegt eine Depression, über Spanien und im Norden schwacher Hochdruck. Für Freitag und Samstag ist immer noch unbefängigtes Wetter zu erwarten.

**Berneck, 4. März.** Der etwa 18 Jahre alte Jakob Gauß, Sohn des Gemeinderats Gauß, verunglückte gestern beim Sprengen eines Birnbaumstocks. Als der mit Schwarzpulver geladene Stock nicht losging, wollte Gauß nach der Sache sehen. Im gleichen Augenblick erfolgte die Explosion, so daß dem jungen Mann die Ladung ins Gesicht ging.

**Stuttgart, 4. März.** Wie die Reichsbahndirektion Stuttgart mitteilt, verursachte der plötzliche Schneefall in der Frühe des Mittwoch vorübergehende Störungen im Stellwerkbetrieb des Stuttgarter Hauptbahnhofes, wo eine Reihe elektrisch betriebener Weichen zunächst nicht mehr in Gang gesetzt werden konnten. Infolgedessen erlitten die namentlich dem Berufsverkehr dienenden Frühzüge zum Teil größere Verspätungen. Nach Befestigung der Schneemassen aus den Weichen wickelte sich der Betrieb wieder normal ab.

**Stuttgart, 4. März.** Um den dringlich gewordenen Verkehrsbedürfnissen auf Erweiterung einzelner Nachbarschaftsstraßen gerecht zu werden, ferner um für die Erwerbslosen Arbeit zu schaffen, ist zunächst die Erweiterung der Nachbarschaftsstraßen Kochendorfer-Untergriesheim-Züttlingen und Redarsulm-Winzangen vorgesehen. Der Plan für die erstgenannte Straße mit einem Kostenaufwand von rund 60 000 Mark liegt vor für die Strecke Landesgrenze bis Siglingen-Züttlingen.

**Stuttgart, 4. März.** Ebingen Nationalsozialisten marschierten am Sonntag nach Wehingen. Ein Personenauto kam in ziemlich schnellem Tempo der Kolonne entgegengefahren und wollte die Kurve schneiden. Dabei kam der Wagen ins Schlingern, der Chauffeur war nicht mehr Herr des Wagens und dieser fuhr direkt in die Abteilung. Ein Mann namens Kapp wurde erfasst und kam unter die Räder, mehrere andere Zugsteilnehmer wurden zur Seite geschleudert. Während Kapp bedeutende innere Verletzungen erlitt, kamen die übrigen mit leichteren Schürfungen davon.

## Turnen und Sport

Vom Fußballklub Altburg.

Nach längerer Pause wollte der F. C. Altburg am letzten Sonntag in Neubulach eine Gastrolle geben. Die Witterungsverhältnisse aber gestatteten dies leider nicht. Der Winter erlebte eine Neuaufgabe. Im nächsten Jahr dürfte die Gründung einer Schneeschuh-Abteilung möglich sein. Leider hat der Winterbetrieb auch ein Opfer gefordert. Beim Sprung über eine Schanze fiel und verletzte sich ein jugendlicher sehr unglücklich. Eine Fahrt zum Spiel des 1. Fußballklub Pforzheim gegen 1. Fußballklub Altburg dürfte der Höhepunkt sportlichen Erfolges werden, trotz einiger Spiele gegen Javelstein, Efringen usw. — Möge der Jugend Altburgs, die leider in reichem Maße arbeitslos ist, ein Segen aus der sportlichen Tätigkeit erwachsen, das wäre der schönste Wunsch fürs Spieljahr 1931.

## Geld-, Volks- und Landwirtschaft

Börsenbericht.

**Stuttgart, 4. März.** Die Börse lag heute fest und es gab Kurserhöhungen.

**R. C. Berliner Produktbörse vom 4. März.**

Weizen märk. 201-203; Roggen märk. 163-168; Braugerste 209-217; Futtergerste 193-200; Hafer märk. 147-154; Weizenmehl 34,50-40,75; Roggenmehl 24,50-27; Weizenkleie 11,75-12; Roggenkleie 10,40-10,75; Viktoriaerbsen 20,50 bis 25,50; K. Speiseerbsen 22-24; Futtererbsen 19-21; Weizenroggen 22-24; Ackerbohnen 17-19; Wicken 18-21; Lupinen blaue 13-15; gelbe 21-24; Seradella 51-56; Rapskuchen 9,10-9,60; Leinöl 15,30-15,60; Trockenhärtel 4,70-4,90; Sojafroh 14,30-14,60; Kartoffelstodden 12,80-13,20. Allgemeine Tendenz: ruhiger.

Weilberstädter Marktbericht.

Zufuhr: 132 Stück Milchschweine. Preis: 20-42 RM. pro Paar. Preise leicht anziehend, kleiner Ueberstand.

Viehpreise

Stuttgart a. D.: Kühe 420-500; Kalbku 460-620; Jungvieh 180-380 RM. — Giengen a. B.: Stiere 350-610, Kühe 200-480; Kalbku 410-490; Jungvieh 160-350; Farrow 170 bis 413 RM. — Reutlingen: Ochsen 500-750; Kühe 270-550; Kalbku 480-600; Kinder 320-450; Jungvieh 180-230; Pferde 350-1200; Schlachtpferde 30-60 RM. — Sulz a. N.: Kinder 150-300; trüchtige Kalbku 400-550; Kühe 300 bis 500; Stiere 400-500 RM.

Schweinepreise.

Badnang: Milchschweine 15-22 RM. — Buchau a. F. Milchschweine 20-25 RM. — Giengen a. D.: Ferkel 18-25; Farrow 30-40; Mutterchweine 140-180 RM. — Wehingen: Milchschweine 20-27 RM. — Oberstfeld: Milchschweine 15 bis 22 RM. — Reutlingen: Milchschweine 10-14; Farrow 40 bis 48 RM. — Sulz a. N.: Milchschweine 15-27 RM.

Schluß unserer

## Kaffee- und Tee-Verbetage

am Samstag, es werden außer den Kuchentellern auch Tassen und Blumenvasen verabfolgt

**Thams & Garfs** Niederlage Calw

## Konfirmanden-Anzüge

beste Qualitäten

billigste Preise

**Friedr. Wezel, Calw Badstr. 15**

Wir vermieten in unserem Haus in Bad Teinach eine schöne 4-Zimmer-Wohnung per sofort oder 1. April. Interessenten wollen sich beim Vorstand melden. Spar- und Konsumverein



## Amtl. Bekanntmachungen

### Bekanntmachung

betr. die Erstellung einer biologischen Abwasserreinigungsanlage durch die Mineralbrunnen-Niederhingen-Leinach-Digendach AG. in Bad Leinach

Die Vorgenannte beabsichtigt, für ihr Hotelgebäude Nr. 1 in Bad Leinach eine biologische Abwasserreinigungsanlage zu erstellen und die gereinigten Abwässer in die Leinach einzuleiten.

Einwendungen gegen dieses Vorhaben sind binnen 14 Tagen, vom Tage nach Ausgabe dieses Blattes an gerechnet, beim Oberamt anzubringen, wo die Pläne und Beschreibungen der Anlage zur Einsichtnahme für die Beteiligten aufliegen. Nach Ablauf dieser Frist können Einsprüche, welche nicht privatrechtlicher Natur sind, nicht mehr erhoben werden.

Calw, den 3. März 1931.

Oberamt: S c h m i d, Regierungsrat.

## Gh. Kirchengemeinde Calw

### Wahlvorschlag zur Kirchengemeinderatswahl 8. März 1931

(Hervorgegangen aus der Gemeindeversammlung am 24. Februar.)

1. Jakob Baenschle, Oberpräzeptor a. D. seith. R.G.N.
2. Johannes Blank, Fabrikant seith. R.G.N.
3. Heinrich Eßig, Flaschnermeister seith. R.G.N.
4. Andreas Frey, Kaufmann
5. Otto Göhner, Bürgermeister seith. R.G.N.
6. August Heck, Hauptlehrer
7. Frau Pauline Heilemann, Fabrikarbeiterin
8. Erich Herzog, Kaufmann seith. R.G.N.
9. Adolf Hilligardt, Verwaltungsaktuar seith. R.G.N.
10. Oskar Laible, Oberpostinspektor
11. Andreas Lamgartner, Zugführer
12. Gottlob Luz, Kaufmann
13. Hermann Wall, Reallehrer und Organist
14. Hermann Nießhammer, Generalleutnant a. D.
15. Friedrich Rauser, Oberamtspfleger
16. Ernst Rheinwald, Rechtsanwalt seith. R.G.N.
17. Karl Schmid, Fabrikdirektor
18. Hermann Schnürle, Bäckermeister
19. Friedrich Schuler, Schuhmachermeister seith. R.G.N.
20. Franz Schwendenmann, Reguleur
21. Heinrich Stahl, Missionar seith. R.G.N.
22. Frau Eugenie Wieland, Apothekers Ehefr. seith. R.G.N.

Es sind 11 Kirchengemeinderäte zu wählen. Sind auf einem Wahlzettel weniger als 11 Namen gestrichen, so gelten die ersten 11 nicht gestrichenen Wahlbewerber als gewählt.

### Althengstett

Wir beehren uns, Verwandte, Freunde und Bekannte zu unserer am Samstag, den 7. März 1931 im Gasthaus zum „Hirsch“ stattfindenden

## Hochzeitsfeier

freundlichst einzuladen.

### Adolf Rüsle

Sohn des + Leonhard Rüsle, Bauer

### Elise Schwarz

Tochter des Leonhard Schwarz, Maurermeister

Kirchgang 1/2 1 Uhr.

## Am Samstag und Sonntag

halte ich

## Mehel-Suppe



und lade hiezu höflichst ein

Georg Wurster, Bäckerei u. Wirtschaft

## Tauben

Straßer, blau werden verkauft. Lederle alle 3

## B. G.

### Abstimmung

Samstag abend 8 1/2 Uhr, Bad. Hof.

## LUGER

### Nüchternfertig

### Fisch-Filet

1 Pfd. 48 Pfg.

### Bäcklinge

Pfd. 30 Pfg.

### Bismarckheringe

### Kollmöpfe

1 Liter Dose 85 Pfg.

### Konjerven

verbilligen die Lebenshaltung!

### Junge

### Karotten

1/2 kg Dose 40 Pfg.

### Gemüse-Erbfien

1/2 kg Dose 60 Pfg.

### Junge (adensee)

### Schnittbohnen

1/2 kg 50 Pfg.

Auf diese Preise noch

10% Rabatt

Nützen sie diesen Vorteil!

### Garant. reines

### Schweinefleisch

1 Pfd. nur 68 Pfg.

Tel. 254

Lederstr. 15

### Strumpfklinik

beforgt sachgemäß das An- und Ausziehen, Anstricken und Stopfen von Strümpfen aller Art sowie das Annehmen von Laufmaschinen. Füße nicht abwaschen! Annahmestelle in Calw.

### Eberhard

### Hengstetter Gäßle 14.

Zum Bezug v. Strümpfen aller Art empfiehlt sich d. D.

### Calw

Gedämmte, sommerliche

### 4-Zimmer-

### Wohnung

mit Bad, Gartenanteil und reichl. Zubehör in ruhiger, staubfr. Lage auf 1. Juli im Neubau zu verm., event. könnte ein weit. größ. Zimmer, zu Bürozwecken geig., mitvermietet werden.

### Lokf. Berger

Ein

### Bertiko

gut erhalten, sowie ein

### Waschtischchen

und ein

### Nachttischchen

werden verkauft.

Altbürgerstraße 11

### Radioapparat

mit eingebautem

### Lautsprecher (Blaupunkt)

hat billig zu verkaufen.

Wer, sagt die Geschäftsstelle ds. Bl.

Ein Paar Karke

### Läufer Schweine

verkauft.

Wer, sagt die Geschäftsstelle ds. Bl.

Am

## Samstag und Sonntag

halte ich

## Mehel-Suppe



und lade hiezu höflichst ein

L. Schöning zum Hirsch.

## Kommen Sie,

wenn Sie Bedarf an Drucksachen haben zu uns. Wir beraten und bedienen Sie gut

Tagblatt-Druckerei



## Reit- u. Fahrverein Calw.

Freitag, 6. März, nachmittags 4 Uhr, findet in der Georg Baumann-Halle eine

## Reitbefähigung

statt. Hiezu werden Mitglieder u. Gönner d. Vereins eingeladen. Der Vorstand.

Heute abend 8 1/2 Uhr

im Badischen Hof in Calw

## Experimentalvortrag über Motorkraftstoffe

Eintritt frei.

Alle Kraftfahrer und Interessenten sind herzlichst eingeladen.

## Bezirks-Handels- u. Gewerbeverein Calw

Anlässlich der

## Reichs-Handwerks-Woche

die in ganz Deutschland

vom 15.—22. März

abgehalten wird, werden hier in einem Schaufenster von Herrn Paul Räußle, am Markt alte gebiegene Handwerksarbeiten, Geräte, Zusätze, Messer- und Gesellenbriefe ausgestellt.

Wer noch im Besitz solcher alten Sachen ist, bitten wir uns diese, während dieser Woche leihweise zu überlassen. Diesbezügliche Mitteilungen wollen noch in dieser Woche gemacht werden beim Vorstand H. G. H.



Aus Anlaß des 40jährigen Bestehens unserer Zentrale in Frankfurt a. M. wollen wir auch hier unserer Kundschaft etwas Außergewöhnliches bieten

## Jeder Artikel eine Wronker-Leistung!

### PORZELLAN

<b>Tafelservice</b> weiß Fest., 23 teilig, für 6 Pers. 13.50	<b>Kaffeesservice</b> bunte Kanten, 9teilig, für 6 Personen 2.75	<b>Kaffeesservice</b> modern dekoriert, 27teilig, für 12 Personen 12.00 9.75
<b>Tafelservice</b> Goldrand und Linie, Feston, 23teilig, für 6 Personen 18.50, 16.50	<b>Kaffeesservice</b> blaue oder rote Linien, 9teilig, für 6 Personen 3.50	<b>Dejourners</b> Kanten oder Zweige, 5teilig 95 ¢
<b>Tafelservice</b> kobaldblau, 23teilig, für 6 Pers. 18.50	<b>Kaffeesservice</b> mit reichhaltiger Verzierung, 9teilig für 6 Personen 5.50	<b>Dejourners</b> Goldstallage, 5teilig 1.95
<b>Tafelservice</b> mit Goldstallage, 45teilig, für 12 Personen 36.00	<b>Kaffeesservice</b> reichhaltig dekoriert, 15teilig, für 6 Personen 5.95	<b>Dejourners</b> Grüngoldhenkel, 5teilig 2.75
<b>Tafelservice</b> modern, mit Streublumen, 45teilig, für 12 Personen 48.50		<b>Gedeck-Tassen</b> mod. Zeichnungen 1.50, 95 ¢ 50 ¢

### STEINGUT

<b>Waschgarnituren</b> eisenbeinartig, 5teilig 1.95	<b>Toilettenbeimer</b> groß, mit Deckel u. Rohrbügel 2.95	<b>Obertassen</b> groß 10 ¢ 6 ¢
<b>Waschgarnituren</b> farbig, 5teilig 2.95	<b>Sand-Seife-Soda-Garnitur</b> mit Holzgestell 1.25	<b>Suppen- oder Speiseteller</b> gerippt 12 ¢
<b>Waschgarnituren</b> blau oder rot Fond, 5teilig 6.90	<b>Kakao-Kannen</b> mit vern. Deckel, mod. Zeichn. 78 ¢	<b>Teigschüsseln</b> innen u. außen braun, 35 cm 95 ¢

### GLASWAREN

<b>Likörservice</b> Stufenform, resedagrün, 8teilig, mit Tablett 1.95	<b>Ueberfangrömer</b> geschliffen, verschied. Farben 2.25	<b>Mampegläser</b> auf Fuß 10 ¢
<b>Weinservice</b> mit Tabl. u. 6 Römern auf gr. Fuß 2.00	<b>Ausschankrömer</b> 1/2 Liter geeicht 25 ¢	<b>Faßformweinbecher</b> 1/2 Liter geeicht 18 ¢

### HAUS- UND KÜCHENGERÄTE

<b>Milchträger</b> rein Aluminium, 2 Ltr. fassend 1.00	<b>Sand-Seife-Soda-Garnitur</b> weiß emailliert 95 ¢	<b>Wandkaffeemühlen</b> 1a. Mahlwerk 1.95
<b>Wasserkessel</b> rein Alumin. 1 1/2 Ltr. fassend 1.00	<b>Fettlöfblech</b> weiß emailliert 95 ¢	
<b>Wassereimer</b> emailliert, auf Fuß, ca. 28 cm 50 ¢	<b>Washbretter</b> mit starker verzinkter Einlage 1.50, 85, 45 ¢	<b>Bleikristall-Kompotteller</b> vorgepreßt u. nachgeschliffen 50 ¢
<b>Fleischtopf</b> weiß emailliert, mit Deckel 50 ¢	<b>Amerik. Plättchen</b> 1.25, 95 ¢	

# WRONKER

DER NAME FÜR QUALITÄT, BILLIGKEIT UND AUSWAHL Pforzheim